

# Linke Kritik am Grundeinkommen

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **109 (2012)**

Heft 2

PDF erstellt am: **06.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-839810>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## NACHRICHTEN

### Sommaruga rückt das Kind ins Zentrum

Bundesrätin Simonetta Sommaruga hat am 30. April 2012 Vertreterinnen und Vertreter von Mütter-, Väter- und weiteren Organisationen – unter ihnen auch die SKOS – zu einem Runden Tisch geladen. Thema der Debatte war die Revision des Unterhaltsrechts. Die Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements unterstrich, dass sie die Neuregelung des Unterhaltsrechts mit der gleichen Entschiedenheit und Priorität vorantreiben wolle wie die Einführung der gemeinsamen elterlichen Sorge. Im Zentrum beider Revisionen steht das Kindeswohl. Vorgesehen ist deshalb eine zivilstandsunabhängige Regelung, damit sich für das Kind keine Nachteile aus dem Zivilstand der Eltern ergeben.

### Weiterbildungsgesetz: SKOS nimmt Stellung

Die SKOS hat im Rahmen der Vernehmlassung zum Vorentwurf des Bundesgesetzes über die Weiterbildung Stellung genommen. Sie begrüsst, dass ein Rahmengesetz zur eigenständigen Regelung der Weiterbildung geschaffen wird. Besonderes Gewicht legt sie auf die Förderung der Grundkompetenzen: «Das Erlernen von Grundkompetenzen ist die grundlegende Voraussetzung für eine volle Teilnahme an Bildung, Gesellschaft, kulturellem Leben sowie am Arbeitsmarkt», schreibt die SKOS in ihrer Stellungnahme. Mit entsprechenden Massnahmen könnten Armut und soziale Ausgrenzung vermindert werden.

Zur Stellungnahme: [www.skos.ch](http://www.skos.ch)

### Wie familienfreundlich sind Sie?

Pro Familia Schweiz, der Dachverband der Familienorganisationen und Kompetenzzentrum für Familienpolitik, hat eine Online-Plattform geschaffen zum Thema Job und Familie. Auf der Plattform können Unternehmen und Organisationen ihre Familienfreundlichkeit testen. Zudem können Arbeitnehmende ihre Optik einfließen lassen. Das mehrsprachige Online-Portal qualifiziert Unternehmen und Organisationen gestützt auf familienfreundliche Kriterien.

Zur Online-Plattform: [www.jobundfamilie.ch](http://www.jobundfamilie.ch)



Ein garantiertes Grundeinkommen für alle: Das fordert die Initiative.

Bild: ex-press

## Linke Kritik am Grundeinkommen

Die Initiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen», die am 12. April 2012 in Bern eingereicht wurde, soll gemäss den Initianten eine Debatte um die Zukunft der Schweiz anstossen. Die Initiative verlangt, dass jeder Mensch, der rechtmässig in der Schweiz wohnt – egal ob arm oder reich – monatlich ein garantiertes Einkommen von 2500 Franken erhält. Für Kinder sieht die Initiative ein Viertel davon vor. Ziel der Vorlage sei, dass jeder und jede in Würde und Freiheit leben könne, ohne von Existenzängsten geplagt zu werden, so die Initianten. Das Grundeinkommen sei eine Befreiung, argumentieren sie, denn derzeit gelte das Dogma, nur Arbeit schaffe Geld. Die Initiative stösst jedoch auf Kritik von prominenter Seite: Caritas-Direktor

Hugo Fasel etwa meint, die Caritas habe ein anderes sozialpolitisches Modell vor Augen. Das Ziel müsse sein, dass jeder mit der eigenen Arbeitskraft ein existenzsicherndes Einkommen erarbeiten könne. Allerdings müsse die Entlohnung auch soziale Aspekte berücksichtigen. Und auch der Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Daniel Lampart, lässt durchblicken, dass die Initiative nicht praxistauglich sei, da sie nicht nur immense wirtschaftliche Probleme, sondern auch hohe soziale Kosten mit sich bringen würde. Skeptisch äussern sich auch SP und Grüne: Die Ausgestaltung überzeuge nicht und sei in dieser Form vage. ■

Weitere Infos: [www.grundeinkommen.ch](http://www.grundeinkommen.ch)

## Care-Arbeit besser absichern

Pro Jahr werden in der Schweiz 2,3 Milliarden Arbeitsstunden für unbezahlte Care-Arbeit in Form von Betreuungs- und Pflegeaufgaben für Kinder und unterstützungsbedürftige Erwachsene aufgewendet, was einem materiellen Wert von über 80 Milliarden Franken entspricht. Wer wird die Betreuungsarbeit in Zukunft leisten und zu welchen Bedingungen? Diese Frage stellt sich, weil einerseits immer mehr Frauen einer bezahlten Arbeit nach-

gehen und andererseits der Betreuungsbedarf im Alter wegen der steigenden Lebenserwartung künftig höher sein wird. Eine im Auftrag des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG) erarbeitete Studie analysiert die Lücken im Sozialversicherungssystem und stellt mögliche Lösungsansätze zur Diskussion. ■

Studie herunterladen: [www.ebg.admin.ch](http://www.ebg.admin.ch)